

WEISKORN Michael

From: Philipp Krieg [REDACTED]
Sent: 19 January 2016 21:20
To: EO-TriloguesConsultation
Subject: [EOWEB] Konsultation Trilog

Sender

Sender Philipp Krieg [REDACTED]
To Trilogues Consultation
Date Tuesday, January 19, 2016 9:20:00 PM CET

Your data

Part 1 - Contact information

First name	Philipp
Surname	Krieg
Gender	Male
E-mail address	[REDACTED]
Language you would like to receive an answer in	de - Deutsch
Other language you would accept an answer in (if applicable)	en - English

Part 2 - Data

To Trilogues Consultation
Subject Konsultation Trilog

1. Ist Ihrer Meinung nach die Art, wie EU-Gesetzgebung mittels Trilog verhandelt wird, ausreichend transparent? Bitte führen Sie eine kurze Begründung für Ihre Antwort an.

Content Nein, das Gesetzgebungsverfahren im Verfahren der Einigung in erster Lesung ist m.Ea. nicht ausreichend transparent. Wesentliche Etappen der Entscheidungsfindung sowie die Beweggründe, die zu einer Einigung seitens der verhandelnden Delegationen führen, bleiben hinter verschlossenen Türen. Mit dem Beginn der Aufnahme von Verhandlungen zwischen den drei Institutionen gleitet das zuvor öffentlich beratene Gesetzgebungsvorhaben über in eine "Black Box". Die darin getroffene Entscheidung ist nicht nachvollziehbar.

2. Bitte legen Sie dar, wie größere Transparenz Ihrer Meinung nach den EU-Gesetzgebungsprozess beeinflussen könnte, etwa im Hinblick auf das öffentliche Vertrauen in das Verfahren, die Effizienz des Verfahrens und andere Aspekte öffentlichen Interesses.

Die Einigung in Erster Lesung ist laut Artikel 294, 295 AEUV i.V.m. IIV aus 2007 (Amtsblatt Nr. C 145 vom 30.06.2007, S.2.) historisch gesehen eine Ausnahme vom üblichen, wie in Artikel 294 genannten Verfahren der Mitentscheidung. Von dieser

Ausnahme wird aber bei über 72% aller Gesetze Gebrauch gemacht. Grund dafür ist, dass die Entscheidungsfindung durch den Trilog scheinbar schneller ist, weil sie hinter verschlossenen Türen geschieht. In der Konsequenz ist der Großteil der Gesetzgebungsverfahren eine, welche außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung passiert. Scoreboards zeigen, dass die Bürger Europas die Institution als zu fern, zu undurchsichtig und damit auch nicht vertrauenswürdig wahrnehmen. Zugleich belegen jüngste Wahlergebnisse eine stetige Zunahme des Euroskeptizismus. Ob diese beiden Phänomene miteinander einhergehen kann dahinstehen. Intransparente Gesetzgebungsverfahren sind aber nicht geeignet nur einem dieser Phänomene abzuhelpen.

3. Die Institutionen haben ihre Bemühungen bezüglich der proaktiven Veröffentlichung von Trilogdokumenten beschrieben.[5] Würde die proaktive Veröffentlichung aller Dokumente, die von den Institutionen während Trilogverhandlungen ausgetauscht werden, etwa das "Vier-Spalten Dokument"[6], nachdem die Trilogverhandlungen zu einer Einigung über einen Kompromisstext geführt haben, Ihrer Meinung zufolge eine größere Transparenz des Verfahrens sicherstellen? Zu welchem Verfahrenszeitpunkt könnte eine solche Veröffentlichung erfolgen? Bitte begründen Sie kurz Ihre Position.

Die Veröffentlichung des 4-Collum documents während der laufende Trilogie würde zu mehr Transparenz führen. Denkbar ist, dass das Dokument nach jeder Trilog-Sitzung sowie den technical meetings auf staff-level im Änderungsmodus nachverfolgen auf der Homepage des Ausschusses aktualisiert online abrufbar ist. Dadurch ist für die Öffentlichkeit zumindest die Entwicklung in den Verhandlungen textlich nachvollziehbar. Eine einmalige Veröffentlichung lediglich nach Abschluss des Trilog ist m.Ea. nicht ausreichend.

4. Wenn ja, welche konkreten Schritte könnten die Institutionen unternehmen um die Öffentlichkeit im Vorhinein über Trilogverhandlungsrunden zu informieren? Wäre es ausreichend a) solcherart Verhandlungsrunden im Vorhinein öffentlich anzukündigen oder b) weitere Details zu bevorstehenden Verhandlungsrunden, beispielsweise Tagesordnungen und Listen mit möglichen TeilnehmerInnen, zu veröffentlichen?

a) Verhandlungsrunden sollten hinsichtlich ihres Termins und der Tagesordnung vorab auf den Webseiten der Institutionen veröffentlicht werden. Die Transparenzinitiative der EU-Kommission hinsichtlich der TTIP Verhandlungen bietet dafür ein gutes Beispiel.

b) Der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union in Verbindung mit der Geschäftsordnung des EP nennt klar, wie bei der Dritten Lesung - im Vermittlungsausschuss die Delegation zahlenmäßig zu besetzen sind. Auch für das Verfahren der Einigung in Erster Lesung wären solche Bestimmungen wünschenswert. Denkbar ist eine rechnerisch nachvollziehbare und festlegbare Delegationsstärke, die, und ihre namentlich Besetzung, vorab veröffentlicht wird. Dadurch wird deutlich, wer für das Parlament, wer für Rat und Kommission verhandelt.

5. Es wurden Bedenken geäußert, dass detaillierte Vorausinformationen über Trilogie zu

erhöhtem Druck durch LobbyistInnen auf die Gesetzgeber und auf in den Verhandlungen involvierte BeamtInnen führen könnten. Bitte geben Sie eine kurze Stellungnahme dazu ab.

Auch jetzt schon kontaktieren Stakeholder die Vertreter des EP während des Trilogs. Nur weil das Verfahren hinter verschlossenen Türen geführt wird, folgt daraus nicht ein nachlassendes Interesse seitens der Stakeholder. Im Gegenteil könnte dies der Gerüchtebildung Vorschub leisten. Um bei den späteren Adressaten der Gesetzesvorhaben bereits vorab ein höheres Maß an Akzeptanz zu schaffen, sollte, orientiert an der Transparenzinitiative der EU-Kommission zu TTIP, Bedenken und Anregungen der Stakeholder stets Gehör finden. Andernfalls entsteht der Eindruck man entscheide über ihren Kopf hinweg.

6. Sollte Ihrer Meinung nach die Ausgangsposition ("Verhandlungsmandat") sämtlicher drei Institutionen bezüglich eines Gesetzgebungsvorschlags vor Beginn der Trilogverhandlungen veröffentlicht werden? Bitte begründen Sie kurz Ihre Position.

Die Veröffentlichung des Verhandlungsmandats gibt der Öffentlichkeit die Möglichkeit, nach Abschluss des Trilogs, dessen Ergebnis mit dem im Mandat skizzierten Ziel zu vergleichen (Vergleich Ist-Soll-Beschaffenheit). Da die Verhandlungen hinter verschlossenen Türen stattfinden, wäre dies eine der wenigen Möglichkeiten der Öffentlichkeit nachträglich zu erkennen, wie und ob sich die Verhandlungspartner im Trilog bewegt haben, wer nachgegeben hat und welche Position sich durchsetzen konnte. daher plädiere ich für die Veröffentlichung vorab.

7. Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen könnten die Institutionen setzen, um die Sichtbarkeit von, und Zugänglichkeit zu, Dokumenten und Informationen, die bereits derzeit öffentlich zugänglich sind, zu erhöhen?

Neben der Veröffentlichung des Verhandlungsmandats sowie des 4-Column-Dokument auf der Webseite des Ausschusses im EP bzw. der Ratsarbeitsgruppe, sollte der Zeitplan und die Termine aller Sitzungen ebenso veröffentlicht werden wie die Besetzung der verhandelnden Delegationen. Eine Veröffentlichung auf der entsprechenden Webseite halte ich für ausreichend.

8. Sind Sie der Meinung dass man in Bezug auf Transparenz zwischen "politischen Trilog", in welchen die politischen Vertreter der Institutionen auftreten, und "technischen Verhandlungsrunden", die auf BeamtInnenebene abgehalten werden und wo keine politischen Entscheidungen getroffen werden sollten, unterscheiden sollte?

Eine Unterscheidung verbietet sich. Zwar sollte der Öffentlichkeit klar gemacht werden wer in welcher Sitzung vertreten ist (staff nur in technical meetings; MEPs in Trilog) und mit welchem Ziel diese Sitzungen abgehalten werden. In den technischen Verhandlungsrunden werden die nicht streitigen Punkte behandelt - alle mit Grün, Gelb gekennzeichnet Punkte, welche aber noch einer Einigung bedürfen. Nicht desto weniger steckt aber auch in jeder technischen, nicht streitigen Einigung

eine politische Entscheidung. Zu dieser sollte die Öffentlichkeit frühzeitig Zugang haben.

9. Sollten Sie der Auffassung sein, dass die Transparenz von Trilogverhandlungen in anderen Bereichen erhöht werden könnte, teilen Sie uns dies bitte mit. Bitte seien Sie so konkret wie möglich.

Gleichwohl der Trilog rechtlich die Ausnahme bildet, wird von dieser mehr Gebrauch gemacht, als von dem "normalen" Verfahren der Mitentscheidung. Hinsichtlich der Mandatserteilung im Ausschuss im Parlament gibt es zumeist keinerlei Aussprache darüber, warum man in dem jeweiligen Fall das Verfahren der Einigung in erster Lesung und nicht das Mitentscheidungsverfahren aus Artikel 294 AEUV betreibt. Der Öffentlichkeit ist vollkommen unklar, anhand welcher Kriterien entschieden wird in den Trilog einzusteigen. Hier sind sowohl die juristischen Dienste gefordert in jedem Einzelfall zu prüfen, ob der Trilog sinnvoll ist oder nicht und zudem im Ausschuss den Mitgliedern eine solche Prüfung mit Empfehlung vorzulegen. Die Wahl des Mittels Trilog wirkt sonst beliebig.